

Bremen, 29. April 2021

Pfeiffer: „Impfungen zu den Menschen bringen“

Für die SPD-Bürgerschaftsfraktion ist es von großer Wichtigkeit, die Menschen in von Corona besonders betroffenen Bremer Stadtteilen auch mit besonderen Maßnahmen zu schützen.

„Wenn Stadtteile im Vergleich höhere Inzidenzen aufweisen, dann liegt das häufig auch daran, dass die Menschen hier in beengteren Verhältnissen leben oder nicht im Homeoffice arbeiten können. Daher können sie sich schlechter vor einer Ansteckung zu schützen als andere“, erklärte die sozialpolitische Sprecherin der Fraktion, Birgitt Pfeiffer. Quartiersmanager und Gesundheitsfachkräfte vor Ort beobachteten zudem, dass hier die Zurückhaltung gegenüber dem Impfen besonders groß sei. „Die Impfstrategie muss diese Ausgangslage berücksichtigen und daher nach der Aufhebung der Priorisierung neu ausgerichtet werden“, so Pfeiffer.

Impfmobile vor Ort

So müsse gerade in Stadtteilen mit höheren Ansteckungsrisiken und Infektionszahlen durch aufsuchende und mobile Beratung für mehr Akzeptanz geworben und eine bewusste Impfentscheidung sichergestellt werden. „Wichtig ist Information, Aufklärung – und das im direkten Gespräch vor Ort“, erläuterte Pfeiffer. Durch die neu eingestellten Gesundheitsfachkräfte sei hier bereits ein großer Schritt erfolgt. Dabei könne es jedoch nicht bleiben, es brauche auch Impfmöglichkeiten vor Ort: „Impfmobile oder mobile Impfteams können hier eine gute Ergänzung zur Impfung in hausärztlichen Praxen und den zentralen Impfzentren sein.“

Dies gelte einmal mehr, weil die städtische Mobilität bei niedrigeren Einkommen der Menschen geringer ist als dort, wo höhere Einkommen zur Verfügung stehen. Die Situation etwa in Lüssum sei eine ganz andere als in Schwachhausen. „Wir unterstützen daher ausdrücklich die Bemühungen der Gesundheitssenatorin und geben ihr hier vollen Rückenwind.“

Hausarztpraxen im Blick

Dabei sei es wesentlich, auch die Hausarztpraxen in den Blick zu nehmen. „Arztpraxen sind ungleich über unsere Stadt verteilt, sodass nicht alle Menschen in gleicher Weise angesprochen und auf die Impfung hingewiesen werden“, so Pfeiffer. Vor diesem Hintergrund betonte die Sozialexpertin die Notwendigkeit, dass der Senat eng mit den ärztlichen Standes- und Selbstorganisationen im Gespräch bleiben und gemeinsam dafür Sorge tragen müsse, dass der Versichertenstatus der Menschen keine stillschweigende Priorisierung nach sich ziehe. „Bremen als soziale Stadtgesellschaft ist jetzt besonders gefordert – und muss Verantwortung und Solidarität zeigen!“